

-Es gilt das gesprochene Wort -

Kollegen und Kolleginnen,

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

da bereits einiges hierzu gesagt wurde ich mich sehr kurz fassen -

Wir haben es, und meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, mit einer Folge der Staatsreform zu tun.

Im Rahmen der 6. Staatsreform sind Dinge entschieden worden, die auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu Mehrkosten führen, und nicht immer Sinn ergeben.

Ich persönlich bin der Meinung, dass die Verwaltung der elektronischen Überwachung besser beim Föderalstaat geblieben wäre.

Denn auch wenn die DG ein Abkommen mit den anderen Gemeinschaften in dieser Angelegenheit getroffen hat, so führt dies doch zu einer Mehrarbeit hier vor Ort, und es bleiben einige Unbekannte.

Der Föderalstaat hält noch immer einige wichtige politische Hebel in der Hand, welche die DG nicht direkt beeinflussen, aber die DG trägt ab sofort die Verantwortung in diesem Bereich.

In den letzten Jahren ist das Instrument der elektronischen Überwachung mehr und mehr in Belgien eingesetzt worden.

Landesweit sind 2014, 6.000 Personen elektronisch überwacht worden. In der DG sind es im Durchschnitt 10 Personen.

Befürworter sehen hier eine Möglichkeit die Gefängnisse zu entlasten, und Kosten einzusparen.

125,- € ist dieses System pro Tag günstiger als eine Gefängnisunterbringung. Und es stellt eine Möglichkeit der Resozialisierung für Straftäter dar.

Kritiker, sehen in ihr eine geschwächte Kontrolle der Täter da diese weiterhin ungestört Kontakt zu kriminellen Kreise haben könnten, ohne das die Justiz hier eine Übersicht hat.

-Es gilt das gesprochene Wort -

Und für die DG gibt es hier eine weitere Unbekannte.
Wenn der Föderalstaat das System der elektronischer Überwachung weiter ausweiten wird, könnte es sein dass wir mit weitaus mehr Fällen hier in der DG zu tun haben, aber keine weiteren Mittel dafür erhalten.

Dies soll in einigen Jahren geprüft und evaluiert werden.
Außerdem gibt es eine Arbeitsgruppe welche sich mit diesem Thema befasst.
Wir werden also sicherlich noch hierüber reden.

Meine Damen und Herren,

wir werden uns bei der Abstimmung enthalten.

Auch wenn die DG in dieser Angelegenheit nicht direkt verantwortlich ist, so zeigt dies doch dass die 6. Staatsreform und der Föderalismus auch zu unnötigen Mehrkosten führen.

Anstatt Bürokratie abzubauen entstehen hier neue Verwaltungskosten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.